

Friedhofssatzung

Der Ortsgemeinderat von **Brachbach** in seiner öffentlichen Sitzung vom **20.05.2021** auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) sowie der §§ 2, Abs. 3, 5 Abs. 2 und 6 Abs. 1 Satz 1 des Bestattungsgesetzes (BestG) folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekanntgemacht wird:

INHALTSÜBERSICHT:

Friedhofssatzung.....	1
1. Allgemeine Vorschriften	3
§ 1 Geltungsbereich	3
§ 2 Friedhofszweck/Bestattungsanspruch	3
§ 3 Schließung und Aufhebung	3
2. Ordnungsvorschriften.....	4
§ 4 Öffnungszeiten	4
§ 5 Verhalten auf dem Friedhof	4
§ 6 Ausführen gewerblicher Arbeiten.....	5
3. Allgemeine Bestattungsvorschriften	5
§ 7 Allgemeines, Anzeigepflicht, Bestattungszeit.....	5
§ 8 Säрге	6
§ 9 Grabherstellung.....	6
§ 10 Ruhezeit	6
§ 11 Umbettungen.....	6
4. Grabstätten	7
§ 12 Allgemeines, Arten der Grabstätten.....	7
§ 13 Reihengrabstätten	7
§ 13a Gemischte Grabstätten.....	8
§ 14 Wahlgrabstätten	8
5. Gestaltung der Grabstätten und Grabmale	9
§ 15 Wahlmöglichkeit	9
§ 16 Allgemeine Gestaltungsvorschriften	10
§ 17 Besondere Gestaltungsvorschriften.....	10
§ 17a Urnengrabstätten im Gräberfeld „Bestattung unter Bäumen“	12
§ 18 Errichten und Ändern von Grabmalen.....	13
§ 19 Standsicherheit der Grabmale	13

§ 20 Verbot von Grabmalen aus Kinderarbeit	14
§ 21 Verkehrssicherungspflicht für Grabmale	13
§ 22 Entfernen von Grabmalen.....	14
6. Herrichten und Pflege der Grabstätten	14
§ 23 Herrichten und Instandhalten der Grabstätten	14
§ 24 Vernachlässigte Grabstätten	14
7. Leichenhalle	15
§ 25 Benutzen der Leichenhalle	15
8. Schlussvorschriften	15
§ 26 Alte Rechte.....	15
§ 27 Haftung.....	15
§ 28 Ordnungswidrigkeiten.....	15
§ 29 Gebühren	16
§ 30 Inkrafttreten	16

1. Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für die im Gebiet der Ortsgemeinde Brachbach gelegenen Friedhöfe, die in der Trägerschaft der Ortsgemeinde Brachbach stehen (Friedhofsträger). Hierbei handelt es sich um folgende Friedhöfe:

- a) Friedhof Bergstraße.
- b) Friedhof Konrad-Adenauer-Straße.

§ 2

Friedhofszweck/Bestattungsanspruch

(1) Die Friedhöfe im Sinne des § 1 der Satzung dienen der Bestattung von

- a) Personen, die zum Zeitpunkt ihres Todes Einwohner der Gemeinde waren,
- b) Personen, die ein besonderes Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte haben,
- c) Totgeburten, bei einem Gewicht des Kindes von mindestens 500 Gramm (§ 8 Abs.2 Satz 2 BestG) und Fehlgeburten, bei einem Gewicht von unter 500 Gramm (§ 8 Abs. 2 Satz 3 und Abs.3 BestG); soweit diese in der Gemeinde geboren wurden bzw. wenn ein Elternteil Einwohner der Gemeinde ist oder
- d) Personen, die ohne Einwohner zu sein, nach § 2 Abs. 2 Sätze 2 und 3 BestG zu bestatten sind,
- e) Personen, die früher mindesten 5 Jahre in der Gemeinde gewohnt haben.

(2) Auf einem Friedhof soll ferner bestattet werden, wer früher in der Gemeinde gewohnt hat und seine Wohnung hier nur wegen der Aufnahme in eine auswärtige Altenpflege- oder ähnliche Einrichtung oder wegen Verlegung des Wohnsitzes zu auswärts wohnenden Angehörigen zur Vermeidung der Aufnahme in einer der genannten Einrichtungen aufgegeben hat.

(3) Die Bestattung anderer Personen kann auf Antrag von dem Friedhofsträger zugelassen werden.

§ 3

Schließung und Aufhebung

(1) Der Friedhof oder Teile des Friedhofs können ganz oder teilweise für weitere Bestattungen oder Beisetzungen gesperrt (Schließung) oder anderen Zwecken gewidmet werden (Aufhebung) - vgl. § 7 BestG -.

(2) Durch die Schließung wird die Möglichkeit weiterer Bestattungen und Beisetzungen ausgeschlossen. Soweit durch die Schließung das Recht auf weitere Bestattungen oder Beisetzungen in Wahl- oder Urnenwahlgrabstätten (Sondergräber) erlischt, wird dem Nutzungsberechtigten für die restliche Nutzungszeit bei Eintritt eines weiteren Bestattungs- oder Beisetzungsfalles auf Antrag eine andere Wahl- bzw. Urnengrabstätte in der Gemeinde zur Verfügung gestellt. Soweit die Nutzungszeit noch nicht abgelaufen ist, kann er in diesen Fällen die Umbettung dahin verlangen.

(3) Durch die Aufhebung geht die Eigenschaft des Friedhofs als Ruhestätte der Toten verloren. Die in Reihen- oder Urnenreihengrabstätten Bestatteten werden, falls die Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist und die in die Wahlgrabstätten Bestatteten werden, falls die Nutzungszeit noch nicht abgelaufen ist, auf Kosten der Gemeinde in andere Grabstätten umgebettet.

(4) Schließung oder Aufhebung werden öffentlich bekanntgemacht. Der Nutzungsberechtigte einer Wahlgrabstätte erhält außerdem eine schriftliche Benachrichtigung, wenn sein Aufenthalt bekannt oder über das Einwohnermeldeamt zu ermitteln ist.

(5) Umbettungstermine werden spätestens einen Monat vorher öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig werden sie bei Wahlgrabstätten den Nutzungsberechtigten, bei Reihen- oder Urnenreihengrabstätten - soweit möglich - einem Angehörigen des Verstorbenen mitgeteilt.

(6) Ersatzgrabstätten werden von der Gemeinde auf ihre Kosten entsprechend den Grabstätten auf dem aufgehobenen bzw. geschlossenen Friedhof oder dem Friedhofsteil hergerichtet. Die Ersatzwahlgrabstätten werden Gegenstand des Nutzungsrechts.

2. Ordnungsvorschriften

§ 4

Öffnungszeiten

(1) Die Friedhöfe sind von 7.00 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit für den Besuch geöffnet, längstens jedoch bis 22.00 Uhr. Zu anderen Zeiten darf der Friedhof nur mit Erlaubnis des Friedhofsträgers betreten werden.

(2) Der Friedhofsträger kann aus besonderem Anlass das Betreten eines Friedhofes oder einzelner Friedhofsteile vorübergehend untersagen.

§ 5

Verhalten auf dem Friedhof

(1) Die Besucher haben sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen.

(2) Kinder unter 12 Jahren dürfen den Friedhof nur in Begleitung Erwachsener betreten.

(3) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet,

- a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren; Kinderwagen und Rollstühle, Behindertenfahräder oder ähnliche Hilfsmittel sowie Handwagen zur Beförderung von Material zur Grabherichtung, leichte Fahrzeuge von zugelassenen Gewerbetreibenden und Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung/des Friedhofsträgers sind ausgenommen,
- b) Waren und Leistungen aller Art, sowie gewerbliche Dienste anzubieten und hierfür zu werben,
- c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung, Beisetzung oder Gedenkfeier störende Arbeiten auszuführen,
- d) Druckschriften zu verteilen,
- e) den Friedhof und seine Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen,
- f) Abraum außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzuladen,
- g) Tiere - ausgenommen Blindenhunde - mitzubringen,
- h) zu spielen, zu lärmern und Musikwiedergabegeräte zu betreiben. Der Friedhofsträger kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.
- i) Gewerbsmäßig oder andere als eigene Grabstätten zu fotografieren oder zu filmen, es sei denn,

- aa) ein entsprechender Auftrag eines Nutzungsberechtigten liegt vor oder
- bb) der Friedhofsträger hat zugestimmt. Für das Verwaltungsverfahren gilt § 6 Abs. 1 Satz 2 und 3 entsprechend.

(4) Feiern und andere nicht mit einer Bestattung/Beisetzung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung des Friedhofsträgers; sie sind spätestens 14 Tage vorher anzumelden.

§ 6

Ausführen gewerblicher Arbeiten

(1) Bildhauer, Steinmetze, Gärtner und sonstige mit der Gestaltung und Instandhaltung von Grabstätten befasste Gewerbetreibende bedürfen für Tätigkeiten auf dem Friedhof, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen, der vorherigen Zulassung durch die Friedhofsverwaltung/Friedhofsträger, die gleichzeitig den Umfang der Tätigkeiten festlegt.

(2) Zugelassen werden nur solche Gewerbetreibende, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind.

(3) Zugelassene Gewerbetreibende erhalten eine Berechtigungskarte. Diese ist dem Friedhofspersonal vom Gewerbetreibenden oder seinen Mitarbeitern auf Verlangen vorzuzeigen. Sie ist alle 5 Jahre zu erneuern.

(4) Die Zulassung kann entzogen werden, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 nicht mehr vorliegen und die Gewerbetreibenden trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung gegen die Bestimmungen der Friedhofssatzung verstoßen.

(5) Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Sie haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.

(6) Unbeschadet des § 5 Absatz 3 Buchstabe c) dürfen gewerbliche Arbeiten auf dem Friedhof nur während der von der Friedhofsverwaltung festgesetzten Zeiten durchgeführt werden. An Sonntagen und Feiertagen sind gewerbliche Arbeiten untersagt. In den Fällen des § 4 Absatz 2 ist die Durchführung von gewerblichen Arbeiten nicht gestattet.

(7) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend, und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern. Bei Beendigung oder bei Unterbrechung der Tagesarbeit sind die Arbeits- und Lagerplätze zu räumen, in den früheren Zustand zu versetzen und etwa entstandene Schäden zu beseitigen. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an den Wasserentnahmestellen der Friedhöfe gereinigt werden.

(8) Der bei der Herstellung der Grabanlage notwendige Erdaushub ist zu laden und abzufahren.

(9) Den Gewerbetreibenden ist zur Ausübung ihres Gewerbes das Befahren der Wege nur mit geeigneten Fahrzeugen gestattet. Eine Geschwindigkeit von 10 km/h darf nicht überschritten werden.

3. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 7

Allgemeines, Anzeigepflicht, Bestattungszeit

(1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Friedhofsverwaltung anzumelden.

(2) Wird eine Bestattung oder Beisetzung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.

(3) Der Friedhofsträger setzt Ort und Zeit der Bestattung im Benehmen mit den Angehörigen und der zuständigen Religionsgemeinschaft fest. Bestattungen und Beisetzungen finden an Samstagen, Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen nicht statt.

§ 8

Särge

(1) Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Särge und Überurnen, die in der Erde beigesetzt werden, dürfen nicht aus schwer verrottbarem Material sein, soweit nichts Anderes ausdrücklich vorgeschrieben ist. Eine Bestattung im Leichentuch kann im Einzelfall aus religiösen Gründen von der Genehmigungsbehörde gestattet werden, wenn nachgewiesen ist, dass keine gesundheitlichen oder hygienischen Bedenken bestehen. Die Überführung zum Bestattungsplatz hat in einem Sarg zu erfolgen. § 13 BestG bleibt unberührt.

(2) Die Särge sollen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.

(3) Für die Bestattung in vorhandenen Gräften sind nur Metallsärge oder Holzsärge mit Metalleinsatz zugelassen, die luftdicht verschlossen sind.

§ 9

Grabherstellung

(1) Die Gräber werden von dem Friedhofspersonal bzw. den Beauftragten der Friedhofsverwaltung ausgehoben und wieder verfüllt.

(2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.

(3) Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.

(4) Der Nutzungsberechtigte hat Grabzubehör vorher auf seine Kosten entfernen zu lassen. Sofern beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Friedhofsverwaltung/Friedhofsträger entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten durch den Nutzungsberechtigten der Friedhofsverwaltung zu erstatten.

(5) Finden sich beim Ausheben eines Grabes noch nicht vollständig verweste Leichen- oder Sargteile sowie Reste von Urnenbehältnissen, sind diese sofort unter der Sohle des neu ausgehobenen Grabes wieder zu versenken. Werden noch nicht verweste Leichen vorgefunden, so ist das Grab sofort zu schließen. Es darf erst nach einer durch die Friedhofsverwaltung festgesetzten Zeit wieder belegt werden.

§ 10

Ruhezeit

Die Ruhezeit für Leichen und Aschen auf den Friedhöfen der Gemeinde beträgt 25 Jahre.

§ 11

Umbettungen

(1) Die Ruhe der Toten darf nicht gestört werden.

(2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung des Friedhofsträgers. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden; bei Umbettungen innerhalb der Gemeinde nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses. Umbettungen aus einer Reihengrabstätte/Urnenreihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte/Urnenreihengrabstätte sind innerhalb der Gemeinde nicht zulässig. § 3 Abs. 2 und 3 bleiben unberührt.

(3) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- oder Aschenreste können mit vorheriger Zustimmung des Friedhofsträgers in belegte Grabstätten ausgebettet werden.

(4) Umbettungen erfolgen nur auf Antrag; antragsberechtigt sind bei Umbettungen aus Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten die Verantwortlichen nach § 9 Abs. 1 BestG, bei Umbettungen aus Wahlgrabstätten der jeweilige Nutzungsberechtigte. Die Gemeinde ist bei dringendem öffentlichem Interesse berechtigt, Umbettungen vorzunehmen.

(5) Umbettungen werden vom Friedhofsträger durchgeführt. Er kann sich dabei auch eines gewerblichen Unternehmers bedienen. Er bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung.

(6) Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, hat der Antragsteller zu tragen.

(7) Der Ablauf der Ruhezeit und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.

(8) Leichen und Aschen dürfen zu anderen als zu Umbettungszwecken nur auf behördliche oder richterliche Anordnung hin ausgegraben werden.

4. Grabstätten

§ 12

Allgemeines, Arten der Grabstätten

(1) Die Grabstätten werden unterschieden in:

- a) Reihengrabstätten für Erd- und für Urnenbestattungen,
- b) Wahlgrabstätten für Erd- und für Urnenbestattungen.

(2) Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofseigentümers. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden. Es besteht kein Anspruch auf Verleihung des Nutzungsrechts an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.

(3) Soweit sich aus der Satzung nicht etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihen- und Wahlgrabstätten entsprechend auch für Urnengrabstätten.

(4) Verfügungsberechtigter bei Reihengrabstätten für Erd- und für Urnenbestattungen ist der Empfänger der Grabanweisung (§ 13 Abs. 1), bei Wahlgrabstätten für Erd- und Urnenbestattungen der jeweilige Nutzungsberechtigte.

§ 13

Reihengrabstätten

(1) Reihengrabstätten sind Grabstätten (Einzelgräber) für Erdbestattungen oder Urnenbestattungen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden schriftlich zugeteilt werden. Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechts an der Reihengrabstätte ist nicht möglich.

(2) Es werden eingerichtet:

- a) Einzelgrabfelder für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr (Kindergrabstätten),
- b) Einzelgrabfelder für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr,
- c) Wiesengrabfelder für Erdbestattungen,
- d) Wiesengrabfelder für Urnenbestattungen,
- e) Urnengrabstätten als Stelen (nur auf dem Friedhof Konrad-Adenauer-Straße),
- f) Urnengrabstätten im Gräberfeld „Bestattung unter Bäumen“ (nur auf dem Friedhof Bergstraße),
- g) Anonyme Grabfelder für Urnen und für Tot-/Fehlgeburten.

Anonyme Grabstätten sind Urnengräber auf einem bestimmten Grabfeld, in dem Urnen und Tod- und Fehlgeburten i. S. v. § 2 Abs. 1 c für die Dauer der Ruhezeit beigesetzt werden. Die Grabstätten werden nicht gekennzeichnet. Todgeburten können auch in einer Kindergrabstätte (Abs. 2 a) beigesetzt werden.

- (3) In jeder Reihengrabstätte darf - außer in den Fällen des § 13a - nur eine Belegung erfolgen.
- (4) Das Abräumen von Einzelgrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeiten wird 3 Monate vorher veröffentlicht und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekanntgemacht.

§ 13a

Gemischte Grabstätten

- (1) In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Leiche beigesetzt werden. Ausnahmsweise können auch zwei gleichzeitig verstorbene Geschwister bis zum vollendeten 5. Lebensjahr oder zu der Leiche eines verstorbenen Elternteils auch die Leiche seines noch nicht ein Jahr alten gleichzeitig verstorbenen Kindes beigesetzt werden.
- 2) In nicht belegten Wahlgrabstätten dürfen 2 Urnen je Grabstelle beigesetzt werden. Sofern bereits eine Leiche beigesetzt ist, darf in dieser Grabstelle eine Urne beigelegt werden. Bei Wahlgrabstätten als Wiesenurnengräber ist die Beilegung einer Urne nicht möglich.
- (3) Bei belegten Reihengrabstätten für Erd- und Urnenbestattungen, Wiesengräbern für Erd- und Urnenbestattungen sowie bei Urnenstelen ist die Beilegung einer Urne gestattet.
- (4) Die Beilegung einer Urne gemäß Absatz 2 und 3 ist nur gestattet, wenn bis zum Ablauf der Ruhezeit bzw. Nutzungszeit der ersten Bestattung noch die gesetzliche Mindestruhezeit (aktuell 15 Jahre) gegeben ist. Eine Verlängerung der Ruhezeit bzw. Nutzungszeit aufgrund einer Beilegung ist nicht möglich.

§ 14

Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen oder Urnenbestattungen, an denen ein Nutzungsrecht für die Dauer von mindestens 30 Jahren (Nutzungszeit) erworben wurde.
- (2) Während der Nutzungszeit darf eine weitere Bestattung nur stattfinden, wenn die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht überschreitet oder das Nutzungsrecht für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit verlängert worden ist.
- (3) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechts soll der Nutzungsberechtigte für den Fall seines Ablebens aus dem in Satz 2 genannten Personenkreis einen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch einen Vertrag übertragen. Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über:

- a) auf den überlebenden Ehegatten oder den Lebenspartner nach dem Gesetz über eingetragene Lebenspartnerschaften,
- b) auf die Kinder,
- c) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
- d) auf die Eltern,
- e) auf die Geschwister,
- f) auf sonstige Erben.

Innerhalb der einzelnen Gruppen wird unter Ausschluss der übrigen Angehörigen der Gruppe die nach Jahren älteste Person Nutzungsberechtigt.

(4) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann mit Zustimmung des Friedhofsträgers das Nutzungsrecht auf eine andere Person mit deren Zustimmung übertragen. Der Rechtsnachfolger hat bei der Friedhofsverwaltung das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen.

(5) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen dieser Satzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Wahlgrabstätte bestattet zu werden, bei Eintritt eines Bestattungsfalles über andere Bestattungen und über die Art der Gestaltung und der Pflege der Grabstätte zu entscheiden.

(6) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit zurückgegeben werden. Eine Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich.

5. Gestaltung der Grabstätten und Grabmale

§ 15

Wahlmöglichkeit

(1) Auf dem Friedhof werden Grabfelder mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften (§ 16) und Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften (§ 17) eingerichtet.

(2) Besondere Gestaltungsvorschriften gelten für Grabfelder, die für folgende Grabarten bestimmt sind:

- a) Wiesengräber für Erdbestattungen,
- b) Wiesengräber für Urnenbestattungen,
- c) Wahlgrabstätten als Wiesenurnengräber,
- d) anonyme Grabfelder für Urnen und für Tot-/Fehlgeburten,
- e) Gräber die vom Friedhofsträgereinheitlich mit Platten eingefasst wurden,
- f) Urnengräber als Stelen (nur auf dem Friedhof Konrad-Adenauer-Straße),
- g) Urnengrabstätten im Gräberfeld „Bestattung unter Bäumen“ (nur auf dem Friedhof Bergstraße).

(3) Bei der Zuweisung einer Grabstätte hat der Antragsteller die Wahl, ob diese in einem Grabfeld mit allgemeinen oder mit besonderen Gestaltungsvorschriften liegen soll. Entscheidet er sich für eine Grabstätte mit besonderen Gestaltungsvorschriften, so besteht die Verpflichtung, diese Vorschriften einzuhalten.

(4) Wird von dieser Wahlmöglichkeit nicht rechtzeitig vor der Bestattung Gebrauch gemacht, wird eine Grabstätte im Friedhofsteil mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften zugeteilt.

§ 16**Allgemeine Gestaltungsvorschriften**

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird. Die Flächen der Gräber mit lediglich allgemeinen Gestaltungsvorschriften haben folgende Abmessungen (Breite x Tiefe):

- Reihengrabstätten für Personen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr (Erdbestattung)
0,70 m x 1,40 m,
- Reihengrabstätten für Personen ab dem vollendeten 5. Lebensjahr (Erdbestattung)
1,00 m x 2,00 m,
- Wahlgrabstätten für Erdbestattungen,
2,40 m x 2,40 m,
- Urnenreihengrabstätten
0,90 m x 1,00 m.

Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen auf Grabfeldern ohne besondere Gestaltungsvorschriften unterliegen in ihrer Gestaltung und Bearbeitung keinen besonderen Anforderungen. Die übrigen allgemeinen Regelungen gelten jedoch uneingeschränkt.

§ 17**Besondere Gestaltungsvorschriften**

Grabstätten und Grabmale in Grabfeldern mit besonderen Gestaltungsvorschriften müssen in ihrer Gestaltung und Bearbeitung nachstehenden Anforderungen entsprechen:

(1) Für Grabmale dürfen außer Natursteine auch Kunststein, Holz und Metalle verwendet werden.

Für jede Grabstätte darf nur ein Grabmal aufgestellt werden. Diese sind an der hinteren Grablinie aufzustellen.

Jede handwerkliche Bearbeitung ist möglich.

Die Rückseiten der stehenden Denkzeichen sind angemessen zu bearbeiten.

Sichtbare Sockel sind aus dem gleichen Material wie die Grabsteine herzustellen.

Schriften, Ornamente und Symbole dürfen, wenn sie nicht aus demselben Material wie die Grabmale bestehen, auch aus Metall angebracht werden.

Grabstätten für Körperbestattungen dürfen nur bis zu 75 % der Grabfläche mit wasser- und luftundurchlässigem Material bedeckt werden. Die Grabstätten sollen in ihrer gesamten Restfläche bepflanzt werden. Die Abdeckung mit Kies ist nicht erlaubt.

(2) Wiesengräber für Urnen- oder Erdbestattungen liegen innerhalb einer Rasenfläche, die vom Friedhofsträger gepflegt wird. Die Gräber sind mit bodengleich einzulassenden Grabplatten aus Naturstein mit eingehauener, gestrahlter oder mit einem Laserstrahl behandelter Beschriftung zu versehen. Sofern Ornamente gewünscht sind, müssen diese ebenfalls in der Grabplatte eingehauen, gestrahlt oder gelasert sein. Für die Form der Platten gelten die allgemeinen Gestaltungsvorschriften. Die Grabplatten haben folgende Maße:

- a) für Erdbestattungen Breite 0,40 m bis 0,70 m, Tiefe 0,30 m bis 0,50 m, Mindeststärke 0,06 m
- b) für Urnenbestattungen Breite 0,40 m bis 0,70 m, Tiefe 0,30 m bis 0,50 m, Mindeststärke 0,06 m.

(3) Auf gesondert ausgewiesenen Grabfeldern werden Wahlgrabstätten als Wiesenurnengräber für 2 Grabstellen eingerichtet, auf denen die Grabstätten durch Grabplatten gekennzeichnet werden müssen. Die Grabplatten aus Naturstein sind mit eingehauener, gestrahlter oder mit einem Laserstrahl behandelte Beschriftung zu versehen, die grabmittig, niveaugleich mit der angrenzenden Rasenfläche einzulassen ist. Sofern Ornamente gewünscht sind, müssen diese ebenfalls in der Grabplatte eingehauen, gestrahlt oder gelasert sein.

Die Grabplatten sind jeweils als Einheit in quadratischer oder rechteckiger Grundform auszubilden.

Die Grabplatten haben folgende Maße:

- Breite 0,60 m, Tiefe 0,50 m, Mindeststärke 0,06 m.

Die Rasenfläche wird vom Friedhofsträger unterhalten und ist diesem vorbehalten. Die Aufstellung von Grabeinfassungen ist nicht zulässig. Die Gräber werden je nach Jahreszeit, spätestens drei Monate nach der Belegung bodengleich vom Friedhofsträger mit Boden aufgefüllt und mit Rasen begrünt.

(4) Urnengräber als Stelen

- a) Die Gräber sind mit Kammerplatten aus Naturstein mit eingehauener, gestrahlter oder mit einem Laserstrahl behandelte Beschriftung zu versehen.
- b) Die Urnenkammern werden ausschließlich von Beauftragten des Friedhofsträgers geöffnet und geschlossen.
- c) Sofern Ornamente gewünscht sind, müssen diese ebenfalls an der Grabplatte eingehauen, gestrahlt oder gelasert werden.
- d) Das Anbringen und Ablegen von Grabschmuck und Trauerfloristik jeglicher Art sowie das Abstellen von Grabvasen und -laternen ist nicht zulässig.

(5) Urnengrabstätten im Gräberfeld „Bestattung unter Bäumen“ siehe § 17a dieser Satzung.

(6) Anonyme Grabfelder für Urnen und für Tot-/Fehlgeburten liegen innerhalb einer Rasenfläche, die vom Friedhofsträger gepflegt wird. Eine Kennzeichnung des Grabes oder das Anbringen von Grabschmuck ist nicht zulässig.

(7) Auf Grabstätten mit Platteneinfassungen (§ 15 Abs. 2 e) sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:

a) Reihengrabstätten für Verstorbene über 5 Jahren:

1. Stehende Grabmale:

Höhe 0,60 m bis 1,00 m, Breite 0,40 m bis 0,60 m, Mindeststärke 0,12 m

2. Liegende Grabmale:

Breite 0,40 m bis 0,60 m, Tiefe 0,30 m bis 0,50 m, Stärke 0,05 bis 0,08 m

b) Urnengrabstätten:

1. Stehende Grabmale:

Höhe 0,50 m bis 0,70 m, Breite 0,30 m bis 0,50 m, Mindeststärke 0,12 m

2. Liegende Grabmale:

a) Kissensteine

Breite 0,40 m bis 0,60 m, Tiefe 0,30 m bis 0,50 m, Hinterkante max. 0,30 m hoch

b) Grababdeckplatten

Breite 0,40 m bis 0,80 m, Tiefe 0,40 bis 0,80 m, Stärke 0,05 m bis 0,08 m.

(8) Auf den Grabstätten mit Platteneinfassung ist pro Grabstätte eine Pflanze mit einer Höhe von bis zu 1,00 m erlaubt. Ansonsten dürfen nur kleinwüchsige Pflanzen verwendet werden.

(9) Der Friedhofsträger kann Ausnahmen von den Vorschriften des Absatzes 1 zulassen, soweit er es unter Beachtung des § 16 für vertretbar hält.

§ 17a

Urnengrabstätten im Gräberfeld „Bestattung unter Bäumen“

(1) Bei der Bestattung unter Bäumen erfolgt eine Beisetzung von verrottbaren Urnen im Wurzelbereich von als Grabbaum zugelassenen Bäumen auf dem entsprechenden Grabfeld innerhalb des Friedhofs Bergstraße. Eine Schmuckurne darf nicht mit beigesetzt werden. Die Grabstätte liegt innerhalb einer Rasenfläche.

(2) Bei der Bestattung unter Bäumen stehen nur Urneneinzelgrabstätten (1 Urne) zur Verfügung. Die Beilegung einer Urne ist nicht möglich.

(3) Im Bereich der Grabfelder wird eine Hinweis-Steile errichtet. An dieser Steile wird eine Namens-tafel für jede Grabstätte durch den Friedhofsträger hergestellt und angebracht. Die Größe der Na-menstafel beträgt 0,08 m x 0,04 m; das Material hierzu legt ebenfalls der Friedhofsträger fest. Da-rauf sind Vornamen und Familiennamen anzugeben. Es besteht die Möglichkeit, das Geburts- und Sterbedatum ebenfalls einzutragen. Weitere Beschriftungen, Ornamente, Bilder oder Zeichen sind nicht zulässig. Die Hinweis-Steile besteht aus Naturstein; den Standort und die Abmessungen be-stimmt der Friedhofsträger.

Die Gestaltung und Pflege der Grabstelle erfolgt durch den Friedhofsträger. Das Aufstellen der Hinweis-Steile und Anbringen der Grabtafeln daran erfolgt ebenfalls durch den Friedhofsträger bzw. deren Beauftragte.

(4) Es ist nicht erlaubt die Grabbäume zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Weise zu verändern,

- a) im Wurzelbereich oder im angrenzenden Boden Veränderungen vorzunehmen,
- b) Grabmale, Gedenksteine oder Grabeinfassungen zu errichten,
- c) zwei Monate nach einer Bestattung Kränze, Grabschmuck oder sonstige Grabbeilagen nieder-zulegen, Kerzen oder Lampen aufzustellen,
- d) Anpflanzungen vorzunehmen.

(5) Die Gestaltung und Pflege der Bestattungsplätze sowie der Grabbäume erfolgt durch den Friedhofsträger.

(6) Im Übrigen gelten die grundsätzlichen Vorschriften über die Reihengrabstätten und Urnenrei-hengrabstätten.

(7) Der Friedhofsträger kann erforderliche Pflegeeingriffe vornehmen, insbesondere dann, wenn diese aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht erforderlich sind.

(8) Aufgrund von Erkrankungen der Bäume vor Ablauf der Nutzungszeit, die eine Fällung zur Folge haben, oder das atypische Aussehen der Baumart verändern, entstehen gegenüber dem Fried-hofsträger keine Schadenersatzansprüche durch den Nutzungsberechtigten oder Hinterbliebenen. Dieser resultiert auch nicht aus notwendig gewordenen Pflegemaßnahmen. Der Friedhofsträger wird innerhalb eines angemessenen Zeitraumes in der Pflanzperiode eine Ersatzbepflanzung vor-nehmen.

(9) Die Bestattung erfolgt der Reihe nach an den fortlaufend nummerierten Bäumen. Die Zuteilung der Grabstelle erfolgt durch den Friedhofsträger.

§ 18**Errichten und Ändern von Grabmalen**

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen und Grabeinfassungen sind der Friedhofsverwaltung anzuzeigen mit der Erklärung, dass das Vorhaben der gültigen Friedhofssatzung entspricht.
- (2) Der Anzeige sind beizufügen der Grabmalentwurf mit Angabe der Maße sowie der Grundriss und die Seitenansicht im Maßstab 1:10 unter Angabe des Materials und seiner Bearbeitung.
- (3) Mit dem Vorhaben darf begonnen werden, wenn die Friedhofsverwaltung schriftlich die Übereinstimmung mit der geltenden Friedhofssatzung bestätigt.
- (4) Das Vorhaben ist erneut anzuzeigen, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach Einreichen der Anzeige errichtet bzw. geändert worden ist.

§ 19**Standicherheit der Grabmale**

Die Grabmale sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemeinen anerkannten Regeln des Handwerks (Technische Anleitung zur Standicherheit von Grabmalanlagen - TA Grabmal) zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Satz 1 gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend. Stehende Grabmale und stehende sonstige bauliche Anlagen dürfen nur von Bildhauern, Steinmetzen und sonstigen mit dem Errichten solcher Anlagen befassten Gewerbetreibenden, die über eine Zulassung gem. § 6 Abs. 3 verfügen, errichtet werden.

§ 20**Verbot von Grabmalen aus Kinderarbeit**

- (1) Grabmale und Grabeinfassungen aus Naturstein dürfen nur aufgestellt werden, wenn sie nachweislich ohne schlimmste Formen von Kinderarbeit im Sinne von Art. 3 des Übereinkommens Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit hergestellt worden sind. Herstellung umfasst sämtliche Bearbeitungsschritte von der Gewinnung des Natursteins bis zum Endprodukt.
- (2) Für die Nachweiserbringung und Ausnahmen von der Nachweispflicht gilt § 6a Abs. 2 und Abs. 3 Bestattungsgesetz Rheinland-Pfalz (BestG) in der jeweils gültigen Fassung.

§ 21**Verkehrssicherungspflicht für Grabmale**

- (1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in verkehrssicherem Zustand zu halten. Sie sind zu überprüfen oder überprüfen zu lassen, und zwar in der Regel jährlich im Frühjahr nach der Frostperiode. Verantwortlich dafür ist der Verfügungsberechtigte.
- (2) Scheint die Standicherheit eines Grabmals, einer sonstigen baulichen Anlage oder von Teilen davon gefährdet, ist der Verfügungsberechtigte verpflichtet, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.
- (3) Bei Gefahr im Verzuge kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Verfügungsberechtigten Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegen von Grabmalen) treffen. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung dazu auf Kosten des Verfügungsberechtigten berechtigt. Sie kann das Grabmal oder Teile davon entfernen. Die Gemeinde ist verpflichtet,

diese Gegenstände drei Monate aufzubewahren. Ist der Verfügungsberechtigte nicht bekannt oder über das Einwohnermeldeamt nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf der Grabstätte, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

§ 22

Entfernen von Grabmalen

(1) Vor Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit dürfen Grabmale nur mit vorheriger Zustimmung des Friedhofsträgers entfernt werden. Nach Ablauf der gesetzlichen Mindestruhezeit (zurzeit 15 Jahre) kann die Grabstätte auf Antrag der Verfügungsberechtigte eingeebnet werden.

(2) Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihengrabstätten, nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahlgrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten werden die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen innerhalb einer Frist von drei Monaten vom Friedhofsträger oder seinem Beauftragten entfernt. Auf Antrag kann die Abräumung vom Verfügungsberechtigten selbst vorgenommen werden. Auf den Ablauf der Ruhezeit bzw. der Nutzungszeit wird durch öffentliche Bekanntmachung hingewiesen. Für das Abräumen der Grabstellen erhebt der Friedhofsträger bereits bei der Vergabe der Grabstätte eine Gebühr nach der geltenden Friedhofsgebührensatzung. Lässt der Verfügungsberechtigte das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen nicht binnen drei Monaten abholen, geht es bzw. gehen sie entschädigungslos in das Eigentum der Gemeinde über, wenn dieses bei Erwerb des Nutzungsrechts oder bei der Genehmigung für die Errichtung des Grabmales oder sonstiger baulicher Anlagen schriftlich vereinbart wurde.

6. Herrichten und Pflege der Grabstätten

§ 23

Herrichten und Instandhalten der Grabstätten

(1) Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften des § 16 und zusätzlich für Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften, im Rahmen des § 17 hergerichtet und dauernd instandgehalten werden. Dies gilt entsprechend für den Grabschmuck. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Grabstätten zu entfernen.

(2) Für die Herrichtung und die Instandhaltung ist der Verfügungsberechtigte verantwortlich.

(3) Die Verfügungsberechtigten können die Grabstätten selbst anlegen und pflegen oder damit einen Friedhofsgärtner beauftragen. Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen.

(4) Reihengrabstätten müssen innerhalb von sechs Monaten nach der Bestattung, Wahlgrabstätten innerhalb von sechs Monaten nach der Verleihung des Nutzungsrechtes hergerichtet werden.

(5) Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegen ausschließlich der Friedhofsverwaltung.

(6) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmitteln ist nicht gestattet.

§ 24

Vernachlässigte Grabstätten

(1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder bepflanzt, hat der Verfügungsberechtigte auf schriftliche Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Kommt er dieser Verpflichtung

nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte nach ihrem Ermessen auf seine Kosten herrichten lassen oder vorzeitig einebnen.

(2) Ist der Verfügungsberechtigte nicht bekannt oder in angemessener Frist nicht zu ermitteln, genügt für die Durchführung der Maßnahme nach Abs. 1 eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweis auf der Grabstätte für die Dauer von 1 Monat.

7. Leichenhalle

§ 25

Benutzen der Leichenhalle

(1) Die Leichenhalle dient der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Sie darf nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung betreten werden. Die Friedhofsverwaltung kann hierfür bestimmte Zeiten festlegen, wobei in besonderen Fällen (z.B. Unfalltod) Ausnahmen möglich sind.

(2) Die Särge sind spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder der Beisetzung endgültig zu schließen.

(3) Die Särge der an einer nach seuchenrechtlichen Bestimmungen meldepflichtigen Krankheit Verstorbenen sollen in einem besonderen Raum der Leichenhalle aufgestellt werden. Der Zutritt zu diesen Räumen und die Besichtigung der Leichen bedürfen zusätzlich der vorherigen Zustimmung des Amtsarztes.

8. Schlussvorschriften

§ 26

Alte Rechte

(1) Bei Grabstätten, die bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits zugeteilt oder erworben sind, richten sich Ruhezeit, Gestaltung und Entfernen der Grabmale nach den bisherigen Vorschriften.

(2) Im Übrigen gilt diese Satzung.

§ 27

Haftung

Die Gemeinde haftet nicht für Schäden, die durch satzungswidrige Benutzung des Friedhofs sowie seiner Anlagen und Einrichtungen durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen.

§ 28

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den Friedhof entgegen der Bestimmungen des § 4 betritt,
2. sich auf dem Friedhof nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die Anordnungen des Friedhofspersonals nicht befolgt (§ 5 Abs. 1),
3. gegen die Bestimmungen des § 5 Abs. 3 Satz 1 verstößt,
4. eine gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof ohne Zulassung ausübt (§ 6 Abs. 1),
5. Umbettungen ohne vorherige Zustimmung vornimmt (§ 11),
6. die Bestimmungen über zulässige Maße für Grabmale nicht einhält (§ 17),

7. als Verfügungsberechtigter oder Gewerbetreibender Grabmale oder sonstige Grabausstattungen ohne Zustimmung errichtet oder verändert (§ 18 Abs. 1 und 3, 4),
8. Grabmale ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt (§ 22 Abs. 1),
9. Grabmale und Grabausstattungen nicht in verkehrssicherem Zustand hält (§§ 19, 21 und 23),
10. Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmittel verwendet (§ 23 Abs. 6),
11. Grabstätten entgegen §§ 17, 23 gestaltet oder bepflanzt,
12. Grabstätten vernachlässigt (§ 24),
13. die Leichenhalle entgegen § 25 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 2 betritt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1.000,-- EUR geahndet werden. Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 24.5.1968 (BGBl. I S. 481) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

§ 29

Gebühren

Für die Benutzung der von der Gemeinde verwalteten Friedhöfe und ihrer Einrichtungen sind die Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

§ 30

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofssatzung vom 06.08.2008 mit ihren Änderungen und alle übrigen entgegenstehenden ortsrechtlichen Vorschriften außer Kraft.

Brachbach, den 21.05.2021

Ortsgemeinde Brachbach

Steffen Kappes

Ortsbürgermeister

